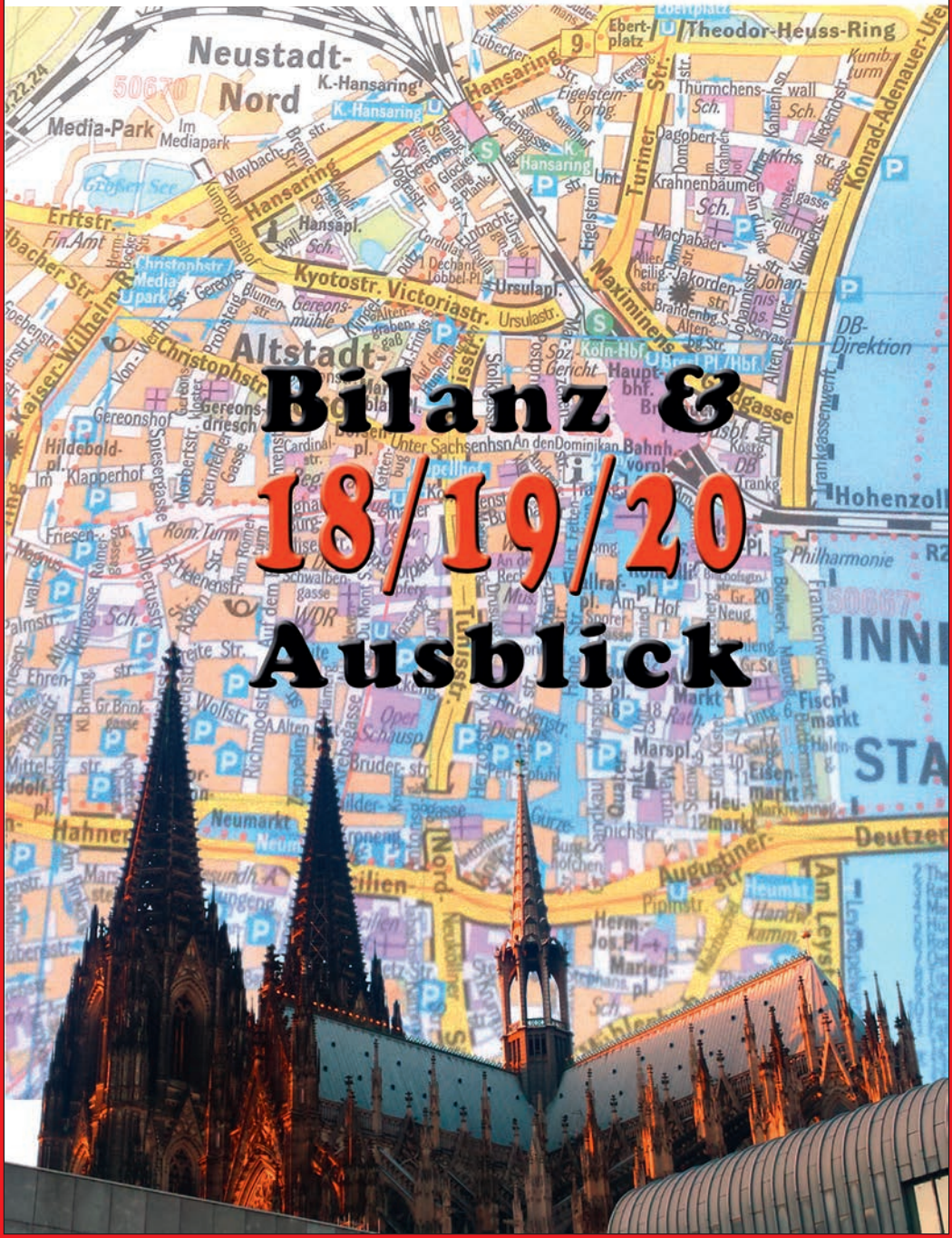
DIE LINKE. Bezirksvertretung Innenstadt / BV1



Zum Geleit...

Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verstehen. Und wer die Gegenwart verstehen will, muss die Vergangenheit kennen. Knackiger formuliert: Um zu wissen, wo man hin will, muss man wissen, wo man herkommt. Wir haben uns ein weiteres Mal bemüht, aus den Sitzungen der Bezirksvertretung Innenstadt einige beispielhafte Debatten und Entscheidungen nachzuerzählen um darzulegen, wie Politik auf der bezirklichen Ebene, in der Herzkammer der Demokratie funktioniert. Die Themenauswahl ist ausdrücklich subjektiv und tendenziell schöngefärbt, manches ist zeitlich überholt und wo es geboten schien, wurde humoristisch nachgewürzt. Innerhalb der bescheidenen Spielräume, die uns die Hauptsatzung des Rates und die Gemeindeordnung des Landes ermöglichen, haben wir versucht, klare linke Kommunalpolitik zu machen.

Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass unsere weitreichendsten und radikalsten Beschlüsse allzu häufig von den mächtigen Ratsausschüssen für Verkehr, Liegenschaften und Stadtentwicklung kassiert wurden. Im Zweifel liegen hier eben die Entscheidungsbefugnisse und es ist ein stadtweites Problem gewesen, dass die schwarz-grüne Mehrheit in Köln kein ausgeprägtes Interesse an fortschrittlicher Politik hat erkennen lassen. Schon gar nicht, wenn die aufmüpfige Innenstadt mit ihren bunten Mehrheiten sich anschickte, die erstarrten Verhältnisse zu ändern. Doch es gibt Hoffnung, denn die Kommunalwahlergebnisse 2020 manifestieren einen ausgeprägten Wunsch nach fairen und alternativen Lösungen sowie nachhaltiger und sozial gerechter Stadtgestaltung.

Am Ende des Tages ist das alles nur Kommunalpolitik, während wir spannungs- und entbehrungsreiche Zeiten erleben. Wenn Pandemie auf Marktwirtschaft trifft, erweisen sich Kategorien wie Leistung, Wachstum, Wettbewerb und Individualismus als nicht besonders krisentauglich. Machen wir das Beste draus.

Unser Dank gilt all jenen, die uns auf unserem Weg begleitet und zumeist bestmöglich unterstützt haben: Das Bürgeramt mit ihrem Leiter und der Bezirksbürgermeister inklusive Sekretariat, die Geschäfts- und Protokollführung der BV, all die städtischen Mitarbeiter*innen und Dienststellen, die wir mitunter ordentlich auf Trab gehalten haben. Wir bedanken uns bei unseren geschätzten Kolleg*innen aus der Bezirksvertretung, bei den Sachkundigen aus den Ausschüssen und Gremien, bei den Genoss*innen aus Ratsfraktion, Kreis- und Ortsverband. Danke an die Verbände, Initiativen und Gruppierungen, an die Bürger*innen mit ihren Anregungen und Beschwerden, an die Technik und all die anderen, die in dieser Aufzählung ausgelassen wurden.

Bisweilen viel Spaß mit unserer kleinen Chronologie.

Michael Scheffer
Fraktionsvorsitzender
michael.scheffer@stadt-koeln.de

Gunda Wienke
Fraktionsgeschäftsführung
g.wienke@gmail.com

Manfred Müller
Stellv. Fraktionsvorsitzender
manfred.mueller@stadt-koeln.de

25.1.2018

Das kann ja heiter werden: Nach den unschönen Begleiterscheinungen, welche den Beginn der Karnevalssession am 11.11. gekennzeichnet hatten, zögerte die Stadt Köln keinen Augenblick und richtete einen **„Runden Tisch Straßenkarneval“** ein. Nicht nur hatte der Grad an Alkoholexzessen, Vermüllung, Wildpinkelei und Aggressivität ein bis dahin ungekanntes Ausmaß erreicht, auch hatte die Stadt nunmehr ein veritables Imageproblem als staatlich anerkannte Feier-Metropole. Goethes Zauberlehrling lässt grüßen. Um der „Ballermannisierung“ der Feierlichkeiten entgegen zu wirken und zu einer „respektvollen und fröhlichen Feierkultur“ zurückzufinden, wurde hochrangig eingeladen: Von Polizei und Ordnungsdienst über Jugendamt und Tourismusverband wurden alle relevanten Player miteinbezogen - bis hin zu den Protagonisten des Rheinischen Frohsinns wie die KG Ponyhof, Humba e.V. oder die Willi-Ostermann-Gesellschaft.

Was den Tisch dann doch etwas un-rund machte, war die konsequente Nichteinbeziehung von Politik, was in der BV-Sitzung durchaus kritisiert wurde (Andererseits hat dies auch den Vorteil, exkulpiert aus dem Schneider zu sein, sollte die Session in einem Desaster kulminieren). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet scheinen, das Schlimmste zu verhindern. So sollen Gastronomie und Einzelhandel stärker einbezogen und mehr Sanitäranlagen und Müllsammelstellen aufgestellt werden. Glasverbotszonen und ordnungsamtliche Kontrollen werden ausgeweitet, Alkoholausschank wird reduziert, Außenbeschallung durch Kneipenanlagen konsequent unterbunden. So weit, so gut. Wenn man mal von den Kosten absieht, die sich auf rund 925.000 Euro summieren werden, die sicherlich auch sinnvoller ausgegeben werden könnten.

Wenig aussichtsreich scheint jedoch Versuch, die chronisch überfeierte Zülpicher Straße mittels Aufstellung einer zusätzlichen Bühne im Grüngürtel zu entlasten. Selbstverständlich wird ein wie auch immer geartetes Bühnenprogramm mit karnevalistischen Darbietungen Heerscharen von Feierwütigen anziehen. Insofern

sind die diesbezüglichen Bedenken der Anwohner und Gewerbetreibenden bis weit in den Bezirk Lindenthal hinein, nachvollziehbar und begründet. Basierend auf dem bekannten Zitat aus dem Matthäus-Evangelium (Kapitel 12, Vers 24), scheint dies der sprichwörtliche Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Ob es tatsächlich gelingt, eine ungünstige Situation durch das Hervorrufen einer noch ungünstigeren zu lindern, wird sich zeigen. Die Crux dabei ist, dass ein glimpflicher Ablauf dieser Maßnahme dazu führen kann, dass der Grüngürtel auch in Zukunft zünftig bespielt wird, was nun auch nicht wirklich schön ist. Da schlägt der Wahnsinn Wurzeln. Nach Auskunft der Verwaltung sind die gebuchten Karnevalsmusikanten vertraglich dazu verpflichtet worden, ihre Auftritte nicht vor Veranstaltungsbeginn an Weiberfastnacht Punkt 11.11 Uhr über ihre Onlinekanäle zu verbreiten. Damit solle verhindert werden, zusätzliches Publikum an den Ort des Geschehens zu mobilisieren. Ein Schelm (oder Narr?), der Böses dabei denkt.

Abschließend sei auf einen von den Grünen formulierten und allen Mitgliedern der Bezirksvertretung eingebrachten Antrag verwiesen, wonach auch Imbiss- und Getränkestände von ortsansässigen Gaststätten zum Straßenkarneval zugelassen werden sollen. Würden die Ausschankgenehmigungen für hiesige Gastronomen zu Karneval entfallen, würden nämlich die Feiernden in Supermärkten und Kiosken überwiegend Getränke in Flaschen kaufen – mit den damit einhergehenden unschönen Begleiterscheinungen. Auch würde ansonsten lediglich die vom Festkomitee des Kölner Karnevals bevorzugt beauftragte Brauerei zum Zuge kommen, die gemeinsam mit dem Festkomitee mit an besagtem rundem Tisch saß. Das schien uns dann doch ein bisschen zu klüngelig.

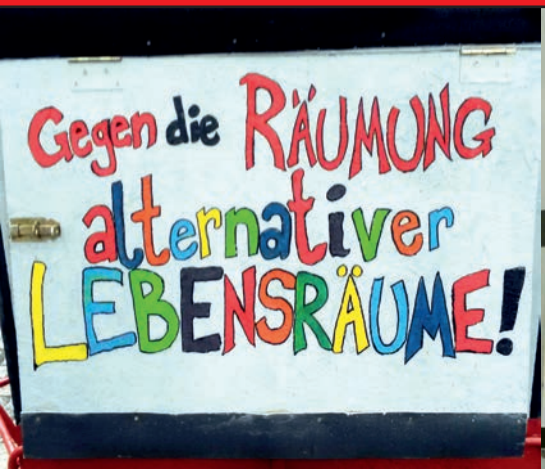
8.3.2018
Die Bezirksvertretung Innenstadt hat in ihrer März-Sitzung die Verwaltung aufgefordert, sich an die gültige Beschlusslage zu halten und die Verhandlungen zum Verkauf des Grundstücks Krefelder Straße/Innere Kanalstraße an den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) zurückzustellen. Der – nach eigenen Angaben „etablierte, soziale Dienstleister

für die Stadt Köln" – versucht seit geraumer Zeit benannte Liegenschaft zu erwerben, um dort Verwaltungsgebäude, Garagen und neuerdings auch Geschosswohnungsbau zu realisieren. Nur blöd, dass das Gelände keineswegs brachliegt, sondern seit einem Vierteljahrhundert vom **Bauwagenplatz "Wem gehört die Welt?"** bewohnt und kultiviert wird. Dieser soll bekanntlich verdrängt werden.

Gleich nach Bekanntwerden dieser Pläne hat die BV Innenstadt im April 2016 den Beschluss gefasst, dass auf besagter Liegenschaft „keine Bebauung und keine Bebauungsplanung ohne eine einvernehmliche Lösung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Bauwagensiedlung stattfinden darf." Dieser Beschluss wurde am 8.12.2016 dahingehend ergänzt, dass Veräußerungspläne erst dann aufgenommen werden dürfen, „nachdem die Verwaltung den Bewohnern des Bauwagenplatzes ein Ersatzgelände zur Nutzung angeboten hat – und diese dies auch akzeptieren." Somit ist die Stadt in der Verantwortung, eine mögliche privatrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und einem potentiellen Investor zu verhindern.

In einer am 24.1.2018 vorgelegten Stellungnahme erklärt die Verwaltung nun plötzlich, dass die Verhandlungen mit dem ASB bereits sehr weit fortgeschritten seien: "Es ist beabsichtigt, sie in nächster Zeit abzuschließen und dem Ausschuss in der Märzsitzung eine entsprechende Verkaufsvorlage vorzulegen." Des Weiteren wird der ASB mit dem Ansinnen zitiert, „aus der Stellung als Eigentümer heraus entsprechende alternative Modelle" zu entwickeln. Dies ist schon deshalb zurückzuweisen, weil die BV-Beschlüsse von 2016 sehr eindeutig eine andere Vorgehensweise beinhalten (siehe oben). Pikanterweise ist den Bauwagenleuten bis heute nicht ein einziger Ersatzstandort angeboten worden. Besser man beließe alles wie es ist, dann gäbe es auch kein Problem.

Zur Erinnerung: DIE LINKE ist seit jeher der Meinung, dass der Bauwagenplatz genau da hingehört, wo er ist. **Alternative Formen des Wohnens, Lebens und Arbeitens**



brauchen ein solides Refugium – gerade auch in der Innenstadt. Schade, dass diese Überzeugung zurzeit keine politische Mehrheit in Köln findet, aber der oben beschriebene Konsens sollte mindestens eingehalten werden. Schlussendlich liegt die Entscheidungsgewalt über Grundstücksverkäufe beim Liegenschaftsausschuss. Dieser wäre gut beraten, die gefällten Beschlüsse der zuständigen Bezirksvertretung in den anstehenden Entscheidungsprozessen ausreichend zu berücksichtigen.

8.3.2017

Noch waren die Spuren von Rheinhochwasser, Januarunwetter und Eiseskälte nicht getilgt, als die Bezirksvertretung Schauplatz einer modernen „Seeschlacht" wurde. Im Rahmen einer aktuellen Stunde lieferten sich Vertreter der Binnenschifffahrt und der Hafen- und Güterverkehr Köln AG hitzige Wortgefechte die **Anlegemöglichkeiten am Rhein** betreffend. Im Februar hatte die städtische HGK das Anlegen im Rheinauhafen untersagt und damit ein seit Jahrhunderten verbrieftes Grundrecht der Schifferei unterminiert. Ausschlaggebend waren erhebliche Beschädigungen am Kai - Poller, Ringe und Teile der Mauer sind marode.

Die Rheinschiffer machten deutlich, dass die schwindenden Anlegemöglichkeiten für sie essenziell sind. Es ist gerade mal eineinhalb Jahre her, dass der Deutzer Hafen geschlossen wurde; die wenigen verbliebenden Möglichkeiten zum Landgang, beispielsweise für Arztbesuch, Schichtwechsel oder Einkäufe, müssten erhalten bleiben. Auch Lenk- und Ruhepausen sind einzuhalten. Die HGK, die sich gerne als moderner Logistik-Dienstleister präsentiere, stehe als originärer Hafenbetreiber hier in der Pflicht, die Verkehrssicherung zu gewährleisten und die bestehenden Schäden zu beseitigen. Die Vertreter der HGK griffen tief in die Seemannskiste und versuchten die Verantwortung mit dem Hinweis auf die Privatisierung des Rheinauhafens abzuwälzen. Dem stehen allerdings entsprechende Regelungen aus der Mannheimer Akte, der Hafenverordnung NRW und den allgemeinen Wasserrechten entgegen. Das umstrittene Areal ist wie ein regulärer Hafen zu betrachten, was dem Betreiber

Instandhaltung und Reparaturen auferlegt.

Die HGK allerdings scheint an einer schnellen und einvernehmlichen Lösung kein ausgeprägtes Interesse zu haben. Vielleicht auch, weil die 1,4 Kilometer lange Kaimauer demnächst in den Besitz der Stadt Köln übergehen wird. Das verkompliziert die Angelegenheit zusätzlich, weil dann neben dem Wasser- und Schifffahrtsamt auch das Bauverwaltungsamt involviert ist. Neben mangelnder Gesprächsbereitschaft war es aber insbesondere die unklare Zuständigkeit, die den akuten Konflikt eskaliert hat. Eine Einigung scheint in weiter Ferne, einen Zeitplan gibt es nicht und zugesagt wurde wenig. So solle beispielsweise geprüft werden, ob Pfähle in den Rhein zu rammen sind, welche der Befestigung – aber auch der Abweisung von Schiffen dienen können. Diese sogenannten Dalben haben sich über Jahrhunderte bewährt, sie bieten gleichsam Orientierung und Markierung von Fahrrinne und Anlegemöglichkeiten.

Sie schaffen aber auch Distanz zum Luxusquartier nebst Uferpromenade. Und das ist sicherlich auch im Interesse der betuchten Bewohner des Rheinauhafens, der sich selbst als „Flaniermeile, Yachthafen und Nobelviertel in einem" bezeichnet. Schlagzeilen machten vor einigen Jahren leere Champagnerflaschen, die vom Lärm genervte Bewohner der Kranhäuser auf anliegende Schiffe geworfen hatten. Der Kölner Rhein ist eben nicht der Tegernsee, das hätten ihre Anlageberater aber seinerzeit auch wissen können. Wo alles im Fluss ist, da geht eben auch vieles den Bach runter.

19.4.2018
Im Streit um die Baulücke Richard-Wagner-Straße 6 stimmte die Bezirksvertretung einstimmig dem linken Antrag zu, wonach die Stadt Köln ein **Enteignungsverfahren** nach § 85 Baugesetzbuch (BauGB) prüfen und einleiten solle. Hintergrund ist die hartnäckige Weigerung des Eigentümers seinen Verpflichtungen nachzukommen und das Grundstück gemäß gültiger Rechtslage zu bebauen. Stattdessen liefert er sich einen jahrelangen erbitterten Rechtsstreit mit der Stadt Köln und wurde wiederholt zu

horrenden Geldstrafen verurteilt.

Angesichts der katastrophalen Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt und der renitent-verfahrenen Gemengelage sind wir nunmehr mit unserer Geduld am Ende. Der Fraktionsvorsitzende Michael Scheffer erklärte in der Sitzung dazu: „Die Enteignung ist ein scharfes Schwert, mit dem man nicht leichtfertig herumfuchtelt. Diese Maßnahme kann niemals erste Wahl sein, sie stellt vielmehr die letzte Möglichkeit dar, die bestehende Problematik überhaupt noch zu lösen. Diese Baulücke schmerzt – sie ist eine Verhöhnung all der vielen Menschen, die dort täglich vorbei kommen und dringend Wohnraum suchen, Angst um ihre Wohnung haben oder gerade die nächste Mieterhöhung verkraften müssen."

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Müller ergänzte: „Angesichts der rasanten Mietpreissteigerungen im Bereich der Innenstadt brauchen wir dort dringend bezahlbaren Wohnraum. Auf die Selbstdarstellungsgelüste eines Stuttgarter Millionärs darf nicht weiter Rücksicht genommen werden. Rechtsbruch darf nicht länger hingenommen werden Auch das Grundgesetz ist hier unmissverständlich: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Und nun zu etwas völlig anderem: Geleitet von der Überzeugung, dass ein gutes Leben möglich ist, wünschen wir uns mehr Tage des guten Lebens in unserer Stadt. Ein Ableger dieses alternativen Stadtteilfestes, das im Juni 2017 den Stadtteil Deutz beglückte, soll 2018 „Bunt im Block" werden. Leider ist die Initiative für dieses Nachbarschaftsfest von einer massiven Gegenkampagne begleitet worden, welche eine zunehmende Belastung der Südstadt durch immer neue und weitere Events befürchtet. Wohl nicht ganz zu Unrecht, wie ein Blick in den hiesigen Veranstaltungskalender offenbart. Niemand möchte Verhältnisse wie an der Zülpicher Straße, an den Ringen oder in Teilen des Belgischen Viertels. Nicht in der Südstadt, nicht in der Nordstadt und vor der eigenen Scholle schon mal gar nicht. Die drohende Überspielung bestimmter innenstädtischer Veedel ist eine reale Möglichkeit, insofern

sind die Bedenken der Anwohner und Anwohnerinnen überaus ernst zu nehmen.

Allerdings sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass gerade dieses unkommerzielle Format eben nicht für Vermüllung, Wildpinkelei, Krawall und Remmidemmi steht. Weshalb wir uns nach langen und leidigen Diskussionen dazu entschlossen haben, dieses Fest jetzt einmalig möglich zu machen – gemeinsam mit Grünen, Guten, Freunden und der FDP. Es bleibt der Umstand, dass Feierveranstaltungen archaischer Prägung und Konzeptionierung hingegen als quasi gottgegebene Tradition oder Brauchtum bisweilen klaglos hingenommen werden. Da rührt sich kaum etwas und die alteingesessenen Platzhirsche können schalten und walten wie gehabt. Scheint, dass sich da was dreht, denn immer mehr Bewohner und Bewohnerinnen wollen in erster Linie eines: Einfach mal in Ruhe wohnen. Man kann es ihnen nicht verdenken. Das Ordnungsamt hat den BV-Beschluss kurzerhand kassiert und „Bunt im Block" doch noch die Genehmigung verweigert. Damit war die Kuh zwar vom Eis, aber die Probleme bleiben die gleichen, wie wir in der nächsten Sitzung sehen werden.

21.6.2018
Das Ordnungsamt hat den BV-Beschluss zu „Bunt im Block" kurzerhand kassiert und der Veranstaltung doch noch die Genehmigung verweigert. Damit war die Kuh zwar vom Eis, aber die Probleme bleiben die gleichen, wie wir in der aktuellen Stunde zum **Brüsseler Platz** feststellen mussten. Hier kollidieren bekanntlich seit Jahren die urbanen Interessen der feierlichen Volksmassen mit dem nachvollziehbaren Ruhebedürfnis der angestammten Anwohner*innen. Die zeitgeistige Mediterranisierung des öffentlichen Raums grenzüberschreitet hier regelmäßig den zulässigen Schallpegel, weshalb das Verwaltungsgericht Köln jetzt ein Grundsatzurteil gesprochen hat. Demzufolge stellt die chronische Lärmbelästigung eine abstrakte Gefahr für die öffentliche Sicherheit, namentlich die Gesundheit der Anwohnerschaft dar. Zugegeben: Die Stadt hat in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um im Wege konstruktiven Miteinanders die widerstreitenden Interessen am Platz zum Ausgleich zu bringen. Gebracht hat das alles nichts: Als man das Licht abdrehte, holten die jungen Leute ihre

Taschenlampen raus. Als man mit riesigen Scheinwerfern Ungemütlichkeit erzeugte, wurden die Sonnenbrillen gezückt. Als die Straßenreinigung feuchten Kehraus machte, wurden die Gummistiefel übergestülpt. Letztlich war auch die gezielte Ansprache nicht ausreichend erfolgreich, da darin ja bereits der Begriff „Sprache" steckt. Nicht der einzelne Besucher ist das Problem, sondern die Potenzierung der Unterhaltungen einer größeren Menschenmenge, welche die ordnungsrechtlich relevante Störung ausmacht. Erst in der Summe bilden die jeweils legitimen Verhaltensweisen des Einzelnen eine erhebliche Lärmbelästigung, was das Ganze juristisch problematisch macht.

Auch aus diesem Grunde hat die Stadt Köln Berufung gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Sicherlich spielt hier auch eine Rolle, dass die zu verhängenden Aufenthaltsverbote nicht mehr nur vom Ordnungsamt sondern nur noch polizeilich durchgesetzt werden könnten. Das schlägt bekanntlich auf die Stimmung und produziert in der Regel unschöne Bilder. Die Bezirksvertretung begrüßt das Vorgehen der Stadt um schlussendlich auch Rechtssicherheit in dieser Angelegenheit zu bekommen. Es bleibt zu hoffen, dass hier irgendwann mal wieder Ruhe einkehrt und sich nicht die Prophezeiung von Robert Koch bewahrheitet. Dieser hatte einst gewarnt: „Eines Tages wird der Mensch den Lärm genauso bekämpfen müssen wie Pest oder Cholera."

Zusammenfassend sei angemerkt, dass heuer acht Anträge auf der Tagesordnung standen, bei denen wir Mitantragsteller waren. Das ist etwas inflationär, belegt aber auch unsere anhaltende Umtriebigkeit. Damit haben wir allemal mehr Fleiß-Kärtchen verdient, als die gesamte deutsche Hintermannschaft, die vier Tage zuvor und völlig zu Recht das WM-Vorrundenspiel gegen Mexiko verloren hat. Ermöglicht wurde dieser Achtungserfolg durch konstruktives Zusammenwirken des Kollektivs, weshalb wir uns bei unseren 17 Mitspieler*innen herzlich bedanken. Weltmeister wird man so nicht, aber man spielt zumindest um die Bezirksmeisterschaft 2018 mit (Wohl dem, der einen Müller in seinen Reihen hat). Konkret haben wir die Ausweisung

von Wohnraumschutzsatzungen in weiteren Innenstadt-Vierteln und die Aufhebung restriktiver Schankzeiten in der Elsaßstraße auf den Weg gebracht. Wir haben Mittel für das Stadtklima und die Stadtverschönerung, eine Ampelanlage Im Sionstal und eine/e Fußgängerbeauftragte/n beschlossen. Die Deutzer freuen sich über die Prüfung einer neuen Straßenbahnlinie und der Hans-Böckler-Platz über eine dringend notwendige Instandsetzung der Pflasterung. Allein für unseren Änderungsantrag zur Neugestaltung der Bolzplätze im Hansapark haben wir keine Mehrheit bekommen. Und dennoch: Fußballerisch betrachtet gemahnt dieses Ergebnis (7:1) an ein anderes WM-Spiel welches vor nicht allzu langer Zeit für allgemeine Verzückung gesorgt hat (Belo Horizonte). Aber das ist Legende, wir machen lediglich Kommunalpolitik.

12.9.2018
Alle Jahre wieder gilt es den **Haushalt der Stadt Köln** abzusegnen – eine klassische Ratsangelegenheit, aber auch die Bezirksvertretungen bekommen regelmäßig die Möglichkeit, ein bisschen mit zu debattieren. Nach kurzer einmütiger Aussprache wurde festgestellt, dass auch im kommenden Haushaltsjahr die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel bei weitem nicht ausreichen, um die Aufgaben, die die BV nach Gemeindeordnung wahrzunehmen hätte, auch tatsächlich wahrgenommen werden können. Protokollarisch nicht ganz unbedeutend ist ein Zusatzpunkt, der beschlossen wurde und den Rat der Stadt Köln auffordert „im Sinne des einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt die personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen, die für die zeitnahe Einrichtung und Überwachung weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen in der Innenstadt erforderlich sind“. Wir brauchen mehr Milieuschutz!

Damit wäre eine eher durchschnittliche BV-Sitzung eigentlich in unterdurchschnittlicher Zeit durch gewesen, aber aus Dringlichkeitsgründen, galt es noch über das Projekt „Strassenland“ zu befinden. Konkret ging es dabei um die Genehmigung zur Sperrung der Nord-Süd-Fahrt an einem Juni-Sonntag im kommenden Jahr, damit der stets agile Christoph Kuckelkorn und der Eventmanager Klaus Eschmann dort ein Nachhaltigkeits-

Festival durchführen können. Diese „Erlebnis-, Ausstellungs- und Informationsplattform für zukunftsgerichtete Mobilitätskonzepte, Urbane Kreativität und Nachhaltigkeit“ war im Vorfeld wegen Unausgewogenheit von der Stadt abgelehnt worden. Im nunmehr zweiten Anlauf stimmten nur noch CDU und LINKE dagegen. Manfred Müller wies darauf hin, dass hier im Wesentlichen ein Forum für höchst potente Konzerne bereitet werde, die sich gerne mal im Deckmäntelchen von Umweltschutz und ökologischer Bedeutsamkeit präsentieren wollen (Ford Köln, RheinEnergie, KVB). Es sei aber nicht nachvollziehbar, warum dafür der öffentliche Raum herhalten müsse. Manfred wörtlich: „Strassenland ist nichts anderes als eine kommerzielle Veranstaltung, bei der ein Privatunternehmen unter dem Zeichen von Nachhaltigkeit seine Geschäfte anbietet. Für sowas gibt es Messehallen.“

17.9.2018

Erwähnt man in geneigten Kreisen die Jahreszahl 1968, so sorgt dies bei manchem gestandenen Veteranen auch heute noch für wahlweise weiche Knie, seliges Grinsen oder glänzende Augen. Im Jubiläumsjahr lag ein Hauch von Revolte in der Luft, als die Bezirksvertretung im Rahmen einer Aktuellen Stunde mögliche verbale Entgleisungen des Bezirksbürgermeisters diskutierte. Was war geschehen? Rainer Kippe, Gründer der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim, war bei einer öffentlichen Versammlung von Mitarbeitern des Ordnungsamtes zum Zwecke der Personalienfeststellung körperlich angegangen worden. Der gleichfalls anwesende Andreas Hupke hat diese Vorgehensweise deutlich kritisiert und im Nachgang der Presse gegenüber klare Worte gefunden, weshalb ein parlamentarisches Nachspiel anberaumt wurde. In der Debatte wurde schnell klar, dass die hinterlegten Aussagen der Mitarbeiter des Ordnungsamtes und die Beschreibungen der beiden bekennenden 68er nicht zusammenpassten. Konsequenterweise kündigte der Bürgermeister an, Rechtsmittel einzulegen und eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen.

Nichtsdestotrotz stellte Manfred Müller die grundsätzliche Frage, ob der Ordnungsdienst der Stadt Köln befugt ist, polizeiliche Hoheitsaufgaben zu übernehmen und

Bürger*innen mit berechtigtem Anliegen zur Feststellung ihrer Personalien zu nötigen. Die Antwort lautet Nein. Es sei denn, die Identitätsfeststellung dient der unmittelbaren Gefahrenabwehr. Demzufolge hat die Ordnungsmacht hier mutmaßlich überreagiert und der Bezirksbürgermeister einem bedrängten Herrn mittleren Alters beigestanden. Er hat in dieser Situation Zivilcourage gezeigt und das kann man ihm nicht vorwerfen. Im Gegenteil.

Auf Initiative der Grünen haben wir einen mehrheitlichen Beschluss gefasst, wonach ein Runder Tisch **"Zur Zukunft des Autonomen Zentrums und der Standortfrage"** anzuberaumen ist. Bekanntlich läuft der Nutzungsvertrag für die Luxemburger Straße zum Jahresende aus und die Stadt hat noch immer kein ernstzunehmendes Alternativ-Angebot auf den Tisch gelegt. Auch deshalb haben wir den Antrag dahingehend erweitert, dass „zu prüfen ist, ob und wie ein langfristiger Verbleib am jetzigen Standort realisiert werden kann." Das AZ soll bekanntlich weichen, damit hier im Schatten des neuen Stadtarchivs der Innere Grüngürtel vollendet werden kann. Es wäre aber auch durchaus vorstellbar und wünschenswert, Teile des Zentrums stehen zu lassen und zum Park hin zu öffnen. Dieser würde somit durch offene Werkstätten, Urban Gardening und kulturelle wie pädagogische Angebote eine Bereicherung erfahren (Zumal wenn man sich die fantasie- und leblosen Präsentationen vor Augen führt, welche die Stadt für die Neugestaltung des Areals auserkoren hat). Das Autonome Zentrum ist ein ernstzunehmender Anlaufpunkt im zentralen Köln geworden, man darf es nicht wie einen ungeliebten Wanderzirkus von einem Ort zum nächsten jagen.

8.11.2018
Zwischenspiel: Im September hat die Polizei begonnen, den Hambacher Forst bei Köln zu räumen, damit der RWE-Konzern an die darunter liegende Braunkohle kommt. Bis zum 2. Oktober wurden 77 Baumhäuser zerstört, 437 Menschen verhaftet und 763 Platzverweise ausgesprochen. Die Proteste gegen dieses Vorgehen waren überbordend, äußerst friedlich und ungemein fantasievoll. Auch unser Ortsverband hat sich auf vielfältige Weise an den zahlreichen Demonstrationen,

den Waldspaziergängen, Sitzblockaden und Fahrradkorsi beteiligt. Geeint in der Überzeugung, dass die Menschheit keine Zeit mehr hat für solcherlei Eskapaden: Dürre und Extremwetterlagen zerstören die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen weltweit, auch hierzulande nehmen Starkregenereignisse und Phasen extremer Trockenheit dramatisch zu. Wollte man die gesetzten Klimaziele erreichen, müsste man die Kohle unter dem Hambacher Wald zwingend dort belassen. Stattdessen tut die neue Landesregierung wirklich alles dafür, dass NRW auch in Zukunft Klimakillerland Nummer Eins bleibt. Dabei scheut sie nicht davor zurück, Millionen von Steuergeldern zu zweckentfremden um eine Polizei-Armee auf harmlose Umweltschützer*innen zu hetzen. Dass es dabei um die knallharte Durchsetzung der Profit-Interessen eines einzelnen Konzerns geht, ist der eigentliche Skandal. Wir sind empört.

8.11.2018

Zu den perfidesten Spielarten der viel zu lange verniedlichten „sharing economy“ gehört die systematische **Umwandlung von privatem Wohnraum in Ferienwohnungen**. Während der Marktführer (Airbnb) zuletzt einen Jahresumsatz von 1,6 Milliarden Dollar bilanzierte, leiden auch immer mehr nordrhein-westfälische Metropolen unter den Folgen dieser Entwicklung. Das Wohnungsaufsichtsgesetz ermöglicht den NRW-Städten seit einigen Jahren die Erstellung kommunaler Satzungen zur Untersagung von Zweckentfremdung.

So besitzt auch Köln seit 2014 eine Wohnraumschutzsatzung, die aber – analog zur Mietpreisbremse – keine richtige Wirkung entfalten will, weil massenhaft dagegen verstoßen wird. Ganze Wohnhäuser wurden seitdem komplett entmietet um die einzelnen Wohnungen über ominöse Portale tageweise an Touristen zu vermieten. Illegal – aber bislang kaum geahndet, was auch daran liegt, dass das Kölner Wohnungsamt bislang lediglich zwei Stellen für die Ermittlung eingerichtet hatte. Andere Städte sind da deutlich weiter. Während Berlin mit 64 vollzeitäquivalenten Stellen einen sehr offensiven Kurs eingeschlagen hat, beschäftigen Hamburg (20) und München (15) zumindest ausreichend Mitarbeiter. Auf dieses Missverhältnis hat DIE

LINKE Köln schon vor Jahren hingewiesen. Nachdem der WDR nun aufgedeckt hat, wie ein Luxemburger Immobilienfonds über Umwege im großen Stil Studierenden-Wohnungen in Köln als Ferienwohnungen vermarktet, schlägt die allgemeine Empörung allerdings hohe Wellen. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich am 8.11.2018 im Rahmen einer Aktuellen Stunde intensiv mit dem Thema befasst.

Die LINKEN Bezirksvertreter Manfred Müller und Michael Scheffer argumentierten gleich zu Beginn der fast zweistündigen Debatte moralisch: „Private Zimmervermietung und Vermittlung entziehen der Stadt Wohnraum in erheblichem Umfang. Das ist keine Kleinigkeit, das ist kein Kavaliersdelikt. Und jeder der meint, in diesem viel zu lukrativen Marktsegment mit verdienen zu müssen, ist unmittelbar mit verantwortlich für die katastrophale Wohnraumsituation, die wir heute in Köln vorfinden." Michael Scheffer wies auf die unmittelbaren Folgen für das Gemeinwohl und das nachbarschaftliche Zusammenleben hin: „Jede Ferienwohnung bedeutet: Keine Wohnung für Studierende, keine Wohnung für Geflüchtete, keine Wohnung für Obdachlose. Da wird nicht mehr gewohnt, da wird Party und Profit gemacht. Gleichzeitig werden Teile der Stadt sukzessive bürgerschaftlich entkernt."

Diese Einschätzung wurde von verschiedenen Bürgergemeinschaften und Mieterinitiativen bestätigt, die die Möglichkeit wahrnahmen, den Bezirkspolitiker*innen und Zuhörer*innen die teils dramatischen Veränderungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu schildern. Neben der Verdrängung angestammter Anwohner*innen beklagten sie insbesondere die exzessive Verrohung, Verlärmung und Vermüllung durch die zumeist nachtaktiven Feier- und Kurzzeittouristen. Eine moderne Form der Heimsuchung, die auch die Leiterin des Wohnungsamtes einräumen musste. Zugleich verwehrte sie sich gegen den Vorwurf des wohnungsaufsichtlichen Komplettversagens. Sie verwies stattdessen auf 1265 Ermittlungsverfahren sowie auf die Verhängung von 316.000 Euro Bußgeld, von denen die Stadt rund 77.000 Euro tatsächlich vereinnahmt habe.

DIE LINKE griff dieses Missverhältnis auf und erläuterte den staunenden

Zuhörer*innen, dass die Buß- und Zwangsgelder fast alle in die Landeskasse flössen. Sobald Widerspruch gegen die Verhängung einlegt wird (also eigentlich immer), geht die Stadt gemäß Ordnungswidrigkeitengesetz nämlich leer aus. Obwohl sie die Arbeit, die Kosten und die Probleme hat. Bezirksvertreter Michael Scheffer wies in dem Zusammenhang auch darauf hin, dass ein Bußgeldverfahren ja die illegale Nutzung der Wohnung nicht unterbindet. Diese kann unvermindert fortgesetzt werden und das wird sie in der Regel auch, zumal wenn jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen anstehen.

Vor diesem Hintergrund plädiert DIE LINKE in der BV Innenstadt für weitergehende ordnungsbehördliche Maßnahmen: „Das Bauaufsichtsamt beispielsweise kann ein Ordnungsverfahren mit der sofortigen Vollziehung einleiten. Eine zeitnahe Nutzungsuntersagung heißt: Die machen die Bude dicht. Dann ist Schluss mit lustig!“ Michael Scheffer erklärte weiterhin, dass die Stadt Bonn seit Jahren gute Erfahrungen mit einer Task-Force mache, in welcher verschiede städtische Behörden gemeinsam gegen Zweckentfremdung vorgingen: „Wir empfehlen überdies die Einschaltung des Kassenamtes und der Steuerbehörden. Diese sind bekanntlich nicht pingelig, aber da hier in den allermeisten Fällen von Steuerhinterziehung ausgegangen werden muss, scheint uns das ein probates Mittel die illegale Zweckentfremdung effektiv zu unterbinden. Das ist hart, aber Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind härter.“

Nachtrag: Zeitgleich mit der BV Innenstadt debattierte der Kölner Stadtrat den Haushalt 2019. In diese Beratungen ist ein Antrag der Linksfraktion im Kölner Rat eingeflossen, der das Zusetzen von bis zu 18 Mitarbeiter*innen in der Kölner Wohnungsaufsicht einforderte und erwartungsgemäß keine Mehrheit fand. Allerdings kündigte die Stadtverwaltung von sich aus die Einrichtung von immerhin neun Stellen an, die unmittelbar ausgeschrieben werden sollen. Das ist nicht nur positiv zu bewerten, sondern auch und in erster Linie ein nachhaltiges Ergebnis der Wohnungspolitik der Kölner LINKEN insgesamt.

Bild: Herbert Sauerwein

6.12.2018

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat der Stadt am 6. Dezember ein veritables Nikolausgeschenk gemacht und sich mehrheitlich gegen einen **Tunnel auf der Ost-West-Achse** ausgesprochen. Nach heißer Debatte über die „Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses" stimmten Grüne, LINKE, Deine Freunde und GUT für die oberirdische Variante zwischen Heumarkt und Moltkestraße. Ob der Rat der Stadt sich von diesem Votum beeindrucken lässt und am 18. Dezember ebenso weise entscheiden wird, sei dahin gestellt.

Zur Erinnerung: Um die Verkehrssituation rund um den Neumarkt zu verbessern, wünschen sich Teile von Politik und Verwaltung eine neue U-Bahn-Strecke in der Innenstadt. Konkret geht es darum, den stetig steigenden Fahrgast-Andrang auf der sogenannten Ost-West-Achse durch den Einsatz längerer Züge zu entzerren. Dafür müssten sämtliche Bahnsteige auf den derzeitigen Linien 1,7 und 9 verlängert werden, was oberirdisch absolut machbar wäre. Zwar wäre der nötige Aufwand nicht unerheblich, die geschätzten Kosten in Höhe von 250 Millionen Euro könnten aber im Wesentlichen durch Fördergelder von Bund und Land finanziert werden. Anders sieht das aus, wenn man Teile der Strecke gleich ganz unter die Erde legen würde – hier droht ein unkalkulierbares Milliardengrab. Nicht nur die Finanzierung eines Tunnels wäre aber mehr als unsicher; sein Bau würde wohl bis in die 2040er Jahre dauern und Teile der Stadt in eine gigantische Dauerbaustelle verwandeln.

Die neue Linie müsste weit unter die bestehenden gebaut werden und läge derart tief, dass es unzumutbar lange dauern würde, die Bahnsteige überhaupt zu erreichen. Oder man schafft es überhaupt nicht mehr, wie Bezirksvertreter Manfred Müller in der Diskussion nachdrücklich darlegte indem er seine eigenen leidvollen Erfahrungen schilderte. Durch den chronischen Ausfall von Aufzügen und Rolltreppen werden heute schon täglich zahlreiche Menschen daran gehindert, sich durch Köln fortzubewegen und ihre Ziele zu erreichen. Dass dieser Mangel an Freizügigkeit sowie Bewegungs- und Barrierefreiheit unzumutbare Ausmaße angenommen hat, bestätigte der Kölner

Stadtanzeiger nur einen Tag später: In der Ausgabe vom 7.12.2018 musste die KVB einräumen, dass aktuell 32 von 263 Rolltreppen nicht im Betrieb sind. Der Großteil davon in der Innenstadt: Heumarkt, Neumarkt, Poststraße, Friesenplatz, Hansaring, Appellhofplatz. Alles kaputt.

Fassungslos über die Tunnelpläne zeigte sich auch Markus Graf, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen in der BV. Gekonnt dekonstruierte er die bekannten Risiken (und Nebenwirkungen) dieser Variante. Auch fand er die richtigen Worte an die offene Wunde in unserer Stadt, die noch lange nicht fertig gestellte Nord-Süd-U-Bahn zu gemahnen und erinnerte an die Fehler, die seinerzeit gemacht wurden. Markus hat wahrlich alles gegeben Über Jahre hat er mit scharfem Sachverstand und seiner ausgesprochenen Beobachtungs- und Formulierungsgabe wesentlich dazu beigetragen, dass die BV1 wegweisende Beschlüsse fassen konnte. Nun verlagert er seinen Lebensmittelpunkt in fortschrittlichere und fahrradfreundlichere Gefilde und legt sein Mandat nieder. Wir bedanken uns für die großartige Zusammenarbeit.

24.1.2019
Nur zwei Jahre nachdem Rat und Bezirksvertretung unsere mahnenden Worte geflissentlich überhört und die Gründung einer **Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG)** genehmigt hatten, gibt es in der Südstadt erste Probleme. „Streit auf der Severinstraße" titelte der Stadtanzeiger am 8. Januar, nachdem ein Hausbesitzer gegen die von der ISG eingetriebenen Zwangsgebühren Klage eingereicht hatte. Das erstmals in Köln zur Anwendung gebrachte Konstrukt funktioniert nach einem denkbar einfachen Prinzip: Alle Haus- und Grundstückseigentümer in einem festgelegten Bereich müssen eine Abgabe zahlen, welche die ISG dann zur Umsetzung von Maßnahmen verwendet, die wiederum allen im Viertel zu Gute kommen sollen. Tatsächlich wurde bereits eine Beratung für Hauseigentümer und eine Marketingkampagne „Shoppen im Severinsviertel" aufgelegt; die Weihnachtsbeleuchtung wurde bezahlt und „kostenlose Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen" ermöglicht, was jetzt auch nur bedingt verheißungsvoll klingt. Mal abgesehen davon, dass der ganze Quatsch auch über

bezirkliche Mittel eingeworben werden könnte, besteht die Möglichkeit, dass der eingetriebene Beitrag auf die Mieten umgelegt werden könnte. Der selbst definierte Anspruch der Standortgemeinschaft bekäme somit ein Stück weit Schlagseite und einen ganz anderen Interpretationsspielraum. Ziel sei es nämlich gemäß Webseite, „den Wert von gewerblich genutzten Immobilien und die Erträge aus langfristigen und wertigen Vermietungen dauerhaft zu sichern“. Nach Angaben der Stadt Köln kann die ISG-Abgabe als „öffentliche Last“ prinzipiell an die Mieter weitergegeben werden. Für die Frage der Umlagefähigkeit im konkreten Einzelfall kommt es maßgeblich auf die Ausgestaltung des individuellen Mietvertrags an. Da dies im Zweifelsfall die Gerichte beschäftigen sollte, empfiehlt es sich, gegen einschlägige Betriebskostenabrechnunge n mit ISG-Zulage Widerspruch einzulegen. Es kann ja nicht sein, dass die Mieterinnen und Mieter die Zeche für eine einigermaßen überflüssige Lobby-Veranstaltung zahlen müssen. Und wo bleibt eigentlich die Milieuschutzsatzung für das Severinsviertel?

21.3.2019
Seit dem frühen 15. Jahrhundert wachen acht aus Eichenholz geschnitzte Propheten als stumme Zeugen im Hansasaal des Kölner Rathauses über die Arbeit der Stadtoberen. Um zusammenzukommen mussten die hohen Herren die Skulpturen in der camera prophetarum passieren, die mit deutlich sichtbaren Spruchbändern versehen waren. „Hol dir erst Rat, dann schreite zur Tat“ ist dort beispielsweise zu lesen – natürlich nicht auf alt-kölsch oder mittelhochdeutsch sondern auf latein. Eine weitere der zeitlosen, an die Ratsgemeinschaft gerichteten Botschaften lautet: „Das Gemeinwohl steht über dem Eigenwohl”. Dieses zu beherzigen ist auch heute noch anzuraten.

„Gemeinnutz geht über Eigennutz” lautet der interfraktionelle Antrag, den die BV im anhaltenden Streit um die Baulücke Richard-Wagner-Straße 6 mehrheitlich beschlossen hat. Demnach ist nunmehr ein Enteignungsverfahren nach Baugesetzbuch, bzw. dem Gesetz über Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Die Bezirksvertretung konkretisiert damit einen einstimmig beschlossenen Antrag unserer Fraktion vom 19.4.2018.

Hintergrund ist die hartnäckige Weigerung des Eigentümers seinen Verpflichtungen nachzukommen und das Grundstück gemäß gültiger Rechtslage zu bebauen. Zuletzt wurde der Eigentümer von „Kölns bekanntester Baulücke" am 30.11.2018 vom Oberverwaltungsgericht Köln in letzter Instanz zu einer Vertragsstrafe von 710.000 Euro verurteilt. Es ist anzunehmen, dass er aufgrund der Bodenwertsteigerung auf einen vielfach höheren Erlös spekuliert. Anders ist seine beharrliche Verweigerungshaltung kaum zu erklären.

Wir waren nicht mehr bereit, diese jahrelange Posse mitzumachen und erläuterten dies im Rahmen einer Presseerklärung: „Bei dringendem Wohnbedarf der Bevölkerung wird das Baugesetzbuch eindeutig und unmissverständlich: Kommt der Eigentümer seiner Verpflichtung auch nach Vollstreckungsmaßnahmen auf Grund landesrechtlicher Vorschriften nicht nach, kann das Enteignungsverfahren nach § 85 eingeleitet werden (§ 176, Absatz 8, BauGB). Das Wohl der Allgemeinheit erfordert ein rigoroses Eingreifen der Behörden. Die zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente müssen zur Anwendung kommen. Nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem allgemeinen Interesse und dem Interesse des Eigentümers sind wir überzeugt davon, dass nur die Rückführung des Grundstücks in kommunale Hand zur Schließung der Baulücke führen wird. Das sind wir den Menschen schuldig, die unter der katastrophalen Wohnungssituation in der Kölner Innenstadt leiden."

9.5.2019
Nach dem Auslaufen der Mietpreisbindung hat die LEG Immobilien AG die Mietverträge aller Werkstätten und Gewerberäume des „Kartäuserwall 18 Selbsthilfeprojekt e.V." gekündigt. Damit verlieren die Menschen, die teilweise seit 25 Jahren in diesem Projekt ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, ihre Existenz. Gleichzeitig verhandelt die LEG mit dem Theater „Der Keller", der ebenfalls von einer Kündigung betroffen ist, über eine Übernahme der **Räumlichkeiten im Kartäuserwall 18**. Vor diesem Hintergrund haben wir eine aktuelle Stunde anberaumt. Nach unserer Auffassung droht hier nämlich nicht nur der Verlust eines schützenswerten Sozialprojekts, auch

die Geschichte der Südstadt werde so umgeschrieben. Mit dem Kartäuserwall würde ein erfolgreiches und etabliertes Überbleibsel der legendären Stollwerckbesetzung abgewickelt und den Marktinteressen geopfert. Auch würde hunderten Mietern und Mieterinnen der LEG, die im Severinsviertel wohnen, signalisiert, was ihnen nach Auslaufen der Belegungsbindung droht.

Wir haben deswegen einen Antrag eingebracht, wonach die Stadt Köln eine Veränderungssperre gemäß Baugesetzbuch verhängen solle, um die ausgesprochenen Kündigungen unwirksam zu machen. Berufen konnten wir uns dabei auf eine Mitteilung des Dezernats für Stadtentwicklung, Planen und Bauen, wonach bereits jetzt die Möglichkeit besteht, die Ziele und Zwecke einer Sozialen Erhaltungssatzung im Severinsviertel zu sichern. Der Antrag wurde nach teils heftiger Debatte zurückgestellt, ein runder Tisch mit allen Beteiligten angekündigt.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Müller erklärt dazu: „Gerade die Erhaltung eines solchen Projektes macht ja den Sinn einer Erhaltungssatzung aus, die jetzt zwingend zur Anwendung kommen muss. Vor dem Hintergrund der besonderen Geschichte des Projekts wäre darüber hinaus der Rückkauf der Immobilie durch die Stadt zu fordern, um es langfristig zu sichern.“ Ich habe darüber hinaus das Vorgehen des Theaters scharf kritisiert: „Anstatt sich zu solidarisieren, agiert das Theater hier vor allem eigennützig und riskiert damit seinen in Jahrzehnten gewachsenen Nimbus als politisch bedeutsame Bühne. Von der LEG erwarten wir ein Umdenken. Nur der Abschluss langfristiger Mietverträge mit den Gewerbetreibenden im Kartäuserwall 18 kann die Situation befrieden.“

27.6.2019
Immer mal wieder war der Eine oder die Andere verhindert und konnte an der einen oder anderen Sitzung nicht teilnehmen. Nun aber sollte ein Platz für immer leer bleiben. Ernst-Otto Zweil ist nach kurzer heftiger Krankheit verstorben. Bereits vor der obligatorischen Gedenkminute war uns allen bewusst, dass diese Sitzung eine der

bedrückendsten werden würde. Wir trauern um einen großherzigen Menschen, einen aufrechten Sozialdemokraten, und nicht zuletzt um einen der humorvollsten Kollegen, die wir kennenlernen durften. Er fehlt sehr.

Zu den verharmlosesten Heimsuchungen dieser Zeit gehört die Unsitte, dass unsere Parks und Grünanlagen inzwischen fast ganzjährig unter Staub, Qualm und Asche ächzen müssen. Es wird gegrillt, als gäbe es kein Morgen mehr – ohne Rücksicht auf Umwelt und Mitmensch. Technisch und ideologisch wird das Ganze jetzt begleitet von der „BBQ Convention Cologne", die im Juni den Neumarkt verpesten darf. Es handelt sich dabei mutmaßlich um eine öffentliche Fleisch-Beschauung, in deren Rahmen Hightech-Brutzelmaschinen angepriesen und verkauft werden sollen. Wir haben uns klar gegen eine Genehmigung für diesen fragwürdigen Event ausgesprochen, blieben dabei aber in der Minderheit. Nun wird angegrillt.

12.9.2019
„This is all gonna end badly…" Wie ein (blut)roter Faden durchzieht diese unheilschwangere Vorahnung den neuen Jim-Jarmusch-Film „The dead don't die". Es sind die Worte mit denen Hauptdarsteller Adam Driver seinen ungläubigen Kollegen Bill Murray wiederholt auf die unvermeidliche Zombie-Apokalypse vorzubereiten versucht. Als Murray irgendwann genervt fragt, wie sich diese düstere Einschätzung begründet, antwortet Driver lakonisch, er habe schließlich das Drehbuch gelesen.

Überleitung. Es wird böse enden, prognostizierten die hiesigen Verkehrs-, Behinderten- und Seniorenverbände bereits vor Monaten, als absehbar war, dass das chronisch überlastete Kölner Verkehrssystem um die Komponente **Elektroroller** erweitert wird. Dass diese Warnungen berechtigt waren, wurde jetzt im Rahmen einer Aktuellen Stunde der Bezirksvertretung Innenstadt deutlich.

Die Zahlen, die der leitende Polizeidirektor vorlegte, sind signifikant: Seit Einführung der Scooter im Juni wurden innenstadtweit 620 Verstöße gegen die

Straßenverkehrsordnung festgestellt (116-mal wurde Alkohol am Lenker geahndet, 70-mal ohne Pflichtversicherung gefahren). Es wurden 64 Verunglückte registriert, 17 davon schwer und 47 leicht verletzt. Die Dunkelziffer dürfte etwa doppelt so hoch liegen. Ein gutes Drittel der Beteiligten stand unter Alkohol- oder Drogeneinfluss. Wer die sommerliche Berichterstattung verfolgt hat, den überraschen die genannten Zahlen nicht besonders. Hilfreicher war da schon die Einschätzung des Direktionsleiters Verkehr, dass es sich hier ausschließlich um eine „freizeitorientierte Nutzung durch die Spaßgesellschaft und Touristen" handelt. Niemand steigt demnach vom Auto um, um die berühmte letzte Meile „umweltfreundlich" mit dem Scooter zurück zu legen. Diese Meile befindet sich ja auch nicht in der chronisch überfüllten City, sondern in den Bezirken, wo man bekanntlich nicht besonders gut weg kommt. Das Geschäftsmodell der Scooter-Anbieter ist aber ein komplett anderes, da geht's um schnelles Geld und nicht um infrastrukturelle Befindlichkeiten.

In seltener Einmütigkeit stellten Polizei, Politik und Verwaltung fest, dass die zu Grunde liegende Elektrokleinstfahrzeugeverordnung des Bundesverkehrsministers stümperhaft ausgearbeitet und auf den Weg gebracht wurde. Dass sich die Kommunen nun mit den Folgen rumschlagen müssen, verdankt sich demnach Andreas Scheuer, der sich in den sozialen Netzwerken nur allzu gern als urbaner Spaßkasper abfeiern lässt, der für einen neuen hippen Zeitgeist-Trend auch seine Großmutter verkaufen würde. Herzlichen Dank, aber wie kommen wir aus der Nummer wieder raus?

Weil gegen Probleme bekanntlich Lösungen helfen, verwiesen Verkehrs- und Ordnungsamt auf eine Reihe von durchgeführten erzieherischen Maßnahmen, deren Wirkmächtigkeit begrenzt bleiben dürfte: Angebotene Fahrtrainings, erstellte Flyer, eingerichtete Hotlines, geänderte Nutzungsbedingungen. Ungeachtet dessen soll der Kontrolldruck weiter hoch gehalten werden. Bezirksvertreter Manfred Müller überraschte mit dem Vorschlag, zumindest den ruhenden Scooterverkehr dadurch zu bändigen, dass in entsprechenden Abständen Parkplätze zu Abstellzonen um deklariert werden sollten, die sowohl verbindlich als auch gebührenpflichtig sein

müssen. Auch wurde der Vorschlag erörtert, keine Abstellung mehr in Bereichen zu dulden, die sowieso nicht befahren werden dürfen (Fußgängerzonen, z.B.). Diese in sich schlüssige Anregung immerhin, soll nun zeitnah realisiert werden, wie am Tag nach der Sitzung gemeldet wurde. Ansonsten bleibt abzuwarten, ob die kalte Jahreszeit nicht geeignet ist, die krassesten Scooter-Exzesse zu reduzieren. Ansonsten wird es böse enden.

10.10.2019
Das war ein guter Tag für die Mieterinnen und Mieter der Kölner Südstadt: Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich auf ihrer Sitzung am 10. Oktober mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, eine **Soziale Erhaltungssatzung für das Severinsviertel** zu erlassen. Zugleich wurde ein Ergänzungsantrag der LINKEN beschlossen, dass sich der Stadtrat im Land dafür einsetzen soll, dass die „Verordnung über eine Umwandlungsgenehmigung in Gebieten zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung" verlängert wird (Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Milieuschutzsatzung). Auf Anregung der SPD wurde ein fraktionsübergreifender Beschluss von 2018 erneuert, wonach die personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen sind, die für die zeitnahe Einrichtung weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen erforderlich sind. Ein Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung der Entscheidungen fand hingegen keine Mehrheit – es ist schon zu viel Zeit vergangen, zu viel Milieu verloren gegangen.

Es war der 11. Februar 2014, an dem der Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit das Stadtentwicklungskonzept Wohnen beschlossen hatte. Demzufolge „ist das Instrument Erhaltungssatzung vermehrt zu nutzen". Fünf Jahre, sieben Monate und zwei Tage später hat das Stadtplanungsamt nun den Entwurf einer sozialen Erhaltungssatzung für das Severinsviertel vorgelegt, der in den kommenden Wochen in den politischen Gremien diskutiert wird. Es war ein langer Weg, der durch Gebietsidentifikationen, Aufstellungsbeschlüsse, Haushaltsbefragungen, sozialräumliche Untersuchungen und endlose Debatten geprägt war, in denen sich DIE LINKE immer wieder eingebracht

hat. Sollte der Stadtrat die Satzung am 7. November bestätigen, könnten im Herzen der Südstadt zukünftig Luxussanierungen, die Zusammenlegung von Wohnungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Dass sich Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in Milieuschutzgebieten effektiv verlangsamen lassen, zeigt der Blick in andere Städte, die diese Instrument bereits seit Jahrzehnten nutzen und immer weiter ausbauen. So hat Hamburg inzwischen 15 Schutzgebiete eingerichtet, München 25 und die Hauptstadt 58. Damit es in Köln nicht bei der einen Satzung für das Severinsviertel bleibt, hat die Bezirksvertretung Innenstadt bereits die Untersuchung des Rathenauplatzes sowie weiterer innenstädtischer Veedel beantragt. Auch die Bezirke Kalk, Mülheim und Ehrenfeld haben Schutzbedarfe angemeldet.

Dabei ist darauf zu achten, dass die personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, die für die effektive Einrichtung, Umsetzung und Bearbeitung sozialer Erhaltungssatzungen benötigt werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der negativen Erfahrung mit der seit 2014 bestehenden Wohnraumschutzsatzung gegen Zweckentfremdung durch illegale Zimmermietung zu verstehen, die aufgrund mangelnder personeller Ausstattung kaum zur Anwendung gebracht werden konnte. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE in der Innenstadt dafür einsetzen, Mieter und Mieterinnen sowie Eigentümer und Eigentümerinnen im Rahmen umfassender Öffentlichkeitsarbeit zu informieren. Damit die Milieuschutzsatzung von Anfang an Akzeptanz findet, verstanden wird und Wirkung entfalten kann, ist es uns wichtig die Bewohner und Bewohnerinnen umfassend einzubinden und zu beteiligen. Nur gemeinsam kann und wird es gelingen, In-Wert-Setzung zu verlangsamen und sozial verträglich zu gestalten, die Bevölkerungsstruktur zu erhalten und negative städtebauliche Folgen zu vermeiden.

28.11.2019
Mit den Bürgereingaben ist das so eine Sache: Auf Anregung eines engagierten Petenten beschlossen wir heuer, das Verkehrskonzept Kolumbaviertel endlich

umzusetzen. Den Vorschlag, die Linie 7 künftig als Hochbahntrasse nach Poll zu führen, fanden wir jedoch etwas zu brachial und gestelzt. Und irgendwann muss auch mal gut sein. In der Gilbachstraße im Belgischen Viertel finden sich nicht nur einer der schönsten Altbauzüge der Stadt, sondern mittlerweile auch drei Bürgerinitiativen, was bei einer Länge von grade mal 50 Metern doch als überdurchschnittlich zu bezeichnen ist. Nachdem die vor sieben Jahren (!) beschlossene Generalsanierung nun nahezu abgeschlossen ist, wandten sich die Eigentümer*innen plötzlich mit einem Potpourri weiterer Verschönerungswünsche an Politik und Verwaltung: Sperrung für Autos, 100 Fahrradnadeln, Parkplätze für Lastenräder Abgepollerte Querungsnasen, Eletroladestationen. Als dann wegen vermeintlicher klimatischer Notwendigkeit auch noch die Pflanzung von 12 Bäumen angeregt wurde, platzte uns ein klein wenig der Kragen. Höflich aber bestimmt erinnerten wir daran, dass die Gilbachstraße sich perfekt ins Dreieck aus Stadtgarten, Grüngürtel und August-Sander-Park einschmiegt. Ein Mangel an Bäumen sei nun wirklich nicht zu konstatieren und der von einem Anwohner eingebrachte Begriff „Betonwüste" ziemlich unpassend. Wir wiesen darauf hin, dass es ein Privileg sei, in dieser wunderbaren Straße wohnen zu dürfen. Ein bisschen mehr Demut und Dankbarkeit wäre angemessen, zumal im Zuge der durchgeführten Sanierung umfangreiche Verbesserungen und Aufwertungen realisiert worden sind. Irgendwann muss auch mal gut sein, wir sind ja schließlich nicht in Bullerbü!

Fast vier Jahre nachdem die BV Innenstadt einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, bekommt das Programm **„Sitzen statt Parken"** langsam Konturen. Nachdem sich das Stadtraummanagement, das Ordnungsamt und das Amt für Straßen- und Verkehrsentwicklung lange nicht einig waren, haben sie nun eine abgestimmte Verwaltungsvorlage vorgelegt. Unter strengen Auflagen können zukünftig Stellplätze aus dem herkömmlichen Zweck des Parkens zeitweise herauslöst und gastronomischen Betrieben auf Beschluss der jeweiligen Bezirksvertretung zur Bewirtung der Gäste zur Verfügung gestellt werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt war zuvor problemlos durchgeführt worden, es sind keinerlei Unfälle oder Beschwerden überliefert. Da für die Einrichtung von **Außengastronomie auf Stellplätzen** grundsätzlich ein

Prozess der Abwägung zwischen den Ansprüchen des Gemeingebrauchs (Parken) und den Interessen der Nutzer*in (Sitzen) erforderlich ist, hat die Verwaltung einen umfangreichen Kriterienkatalog erstellt. Obwohl dieser insgesamt durchdacht und schlüssig ist, haben wir uns den Änderungswünschen der Grünen angeschlossen, die partielle Verbesserungen eingebracht haben. So sollen die Genehmigungen nicht auf ein Jahr beschränkt, sondern für drei Jahre erteilt werden. Schrägparkplätze sind in die Planung miteinzubeziehen und besonders unglücklich gepflanzte Verkehrsschilder sollten bei Bedarf und auf Kosten der Gaststätteninhaber ungesetzt werden können. Auch ist zu prüfen, ob eine bereits auf dem Gehweg vorhandene Außengastronomie ersatzweise auf vor dem Lokal befindliche Parkplätze verlegt werden kann. So wird ein Schuh draus, denn wie heißt es doch so blumig im Kölner Gestaltungshandbuch: „Qualitätvoll gestaltete Gastronomie auf Autostellflächen kann den öffentlichen Raum positiv beleben und angenehme Aufenthaltsorte schaffen."

30.01.2020

Es war im Jahre 2006, als die damalige schwarz-gelbe Landesregierung auf die Idee kam, dass dieses unser Bundesland großartig sei und sich ab sofort alle zwei Jahre selbst feiern müsse. Der NRW-Tag war geboren – ein Volksfest, auf dem sich Landtag und Regierung präsentieren. Eingebettet in Blaulichtmeile und Brauchtumsprozession, Bratwurst, Bühnen und Bier. Nun begab es sich aber, dass sich landesweit partout keine Stadt bereit erklären wollte, diesen Event im Jahre 2020 durchzuführen. Daraufhin wurde Köln von Düsseldorf in die Pflicht genommen und darf sich jetzt darauf freuen, dieses aus der Zeit gefallene und allzu entbehrliche Großereignis durchzuführen. Inklusive Kostenbeteiligung von bis zu 300.000 Euro und all den unschönen Begleiterscheinungen (Klima, Verkehr, Müll, Lärm). Entgegen der Zusage der dafür zuständigen Stabsstelle Events liegt der Schwerpunkt nicht im Rechtsrheinischen, stattdessen werden wieder die üblichen Innenstadtplätze bespielt, die sowieso schon überlastet sind. Überaus kritisch sehen wir auch den Zeitpunkt der Veranstaltung, die drei Wochen vor der Kommunalwahl stattfinden soll. Das Programm listet zahlreiche Empfänge, Festreden und Fototermine auf – Herr Laschet und Frau Reker werden

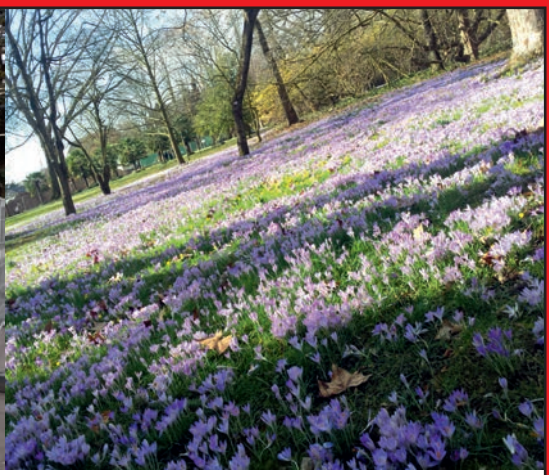
sich diese willkommene Wahlkampfhilfe sicherlich nicht entgehen lassen. Es bleibt festzuhalten, dass die Bezirksvertretung die Durchführung des NRW-Tages bereits im Mai mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Der Stadtrat allerdings, hat sich über diese Entscheidung hinweggesetzt und die genannten Einwände einfach beiseite gewischt.

Auf Grundlage einer Bürgereingabe, die das Ergebnis diverser Bürgerversammlungen war, hat die BV beschlossen, den **Eigelstein** umfassend zu beruhigen und den geänderten verkehrlichen Anforderungen anzupassen. Ziel ist die „Umgestaltung des Straßenraums Eigelstein zur Steigerung der Wohn-, Lebens- und Arbeitsqualität sowie zur Förderung des stationären Einzelhandels im Eigelsteinviertel". Zur Realisierung hat die Stadtverwaltung konzeptionelle und zukunftsorientierte Grundideen für die Verkehrsführung und die Aufteilung des öffentlichen Raums am Eigelstein entwickelt und vier mögliche Varianten erarbeitet. Mit der Mehrheit von Grünen, LINKEN, Deinen Freunden und GUT wurde nunmehr beschlossen, die weitest gehende Variante 4 weiter zu entwickeln und eine vertiefte Planung vorzulegen. Dem Vorschlag der Verwaltung, alle Varianten auf einer weiteren Bürgerversammlung zu diskutieren, wollten wir nicht folgen. Sicherlich ist es wichtig, dass die betroffenen Bürger*innen die Änderungen akzeptieren, sich damit identifizieren und bereit sind, ihr Mobilitätsverhalten entsprechend anzupassen. Allerdings standen die Chancen nie so gut, jetzt einen radikalen Schritt zu gehen und die längst überfälligen Umgestaltungen vorzunehmen. Weitere zeitliche Verzögerungen sind da eher hinderlich.

5.3.2020
Der Vorschlag der Stadtverwaltung zur Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen beginnt mit der Ankündigung: „Die Barrierefreiheit ist bei Entscheidungen, die den öffentlichen Raum betreffen, besonders zu berücksichtigen." Das klingt zunächst mal löblich, stellt aber bei genauerer Betrachtung eine Selbstverständlichkeit dar. Auch deshalb hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine Alternative formuliert, der zufolge auf allen Gehwegen innerhalb der Stadt Köln unverzüglich eine barrierefreie Mobilität gewährleistet werden soll. Konkrete Richtwerte,

Mindestbreiten und Sicherheitsabstände sind zwingend einzuhalten, die Stadt würde sich radikal und nachhaltig verändern (müssen). Insbesondere die städtischen Mitarbeiter*innen im Außen-, Ordnungs- und Kontrolldienst wären mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Die abzusehenden Konfliktlinien sind vielfältiger Natur, da geht es lange nicht mehr nur darum, ein paar E-Scooter umzuparken. Dennoch hat sich die BV dem Vorschlag der Behindertenverbände angeschlossen und die Beschlussalternative um einige Aspekte erweitert, welche die Grünen-Fraktion formuliert hat: So soll ein bezirklicher Beirat zur Beratung und Empfehlung bei strittigen Umsetzungsmaßnahmen im Bestand eingesetzt und das Unterbinden und Sanktionieren von illegalem Gehwegparken priorisiert werden. Gefordert wird auch das Verlegen von Außengastronomie vom Gehweg auf vorhandene Parkplätze (siehe 28.11.2019). Aus pragmatischen Gründen würde der Begriff „unverzüglich" hingegen entfallen, stattdessen sei ein Zeitmaßnahmeplan zur **Umsetzung von Barrierefreiheit** vorzulegen. Leider ist der zuständige Ratsausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen den konstruktiven Vorschlägen dieser und anderer Bezirksvertretungen nicht gefolgt und belässt es einstweilen beim Status Quo. Keine Traute!

Bereits im November 2016 hatte die Bezirksvertretung den Antrag „Öffentlicher Raum ist kein Parkplatz – für eine parkraumfreie Zone zwischen Burgmauer und Cäcilienstraße" mit großer Mehrheit beschlossen. Beabsichtigt war damit die systematische Verlagerung des zunehmenden Parksuchverkehrs in die nur mäßig ausgelasteten Parkhäuser in diesem Bereich. Befragt nach dem Stand der Umsetzung hat die Verwaltung jetzt mitgeteilt, dass unsere Zielvorgaben nicht erreicht wurden. Vorgeschlagen hatten wir eine jährliche Reduzierung der PKW, die im öffentlichen Raum parken, um 10 Prozent. Tatsächlich fand seit 2016 eine Stellplatzreduzierung von 4,99 Prozent statt, die vor allem auf zahlreiche Radverkehrsmaßnahmen zurückzuführen sei. Auch gestalten sich die Verhandlungen mit den Parkhausbetreibern als ausgesprochen zäh; wir hatten seinerzeit angeregt, dass die Stadt als Großmieter bezahlbare Kontingente zu rabattierten Konditionen anmieten solle. Es scheint, als müssten wir auch zukünftig für die Umwidmung einer Handvoll Parkplätze umfangreiche Ortstermine absolvieren und



immer wieder neue kleinteilige Anträge stellen. Es geht sich nicht aus.

27.4.2020
So hatten wir uns das nicht vorgestellt: Kurz vor dem ehrenvollen Ausklang dieser Wahlperiode kommt eine Seuche über das Land, die nicht nur das politische Leben vor besondere Herausforderungen stellt. Im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortung für das Gemeinwesen haben wir uns entschlossen, diese Sitzung unter verschärften Sicherheitsbedingungen dennoch stattfinden zu lassen. Vorab haben wir uns auf einen reduzierten Teilnehmer*innenkreis verständigt, Schutzmasken und Desinfektionsmittel wurden bereitgestellt, ausreichende Abstände eingehalten und eine überschaubar gehaltene Tagesordnung straff abgearbeitet werden. Aufschiebbares ward aufgeschoben und Konsensentscheidungen per Umlauf- oder Dringlichkeitsentschluss getroffen. So blieb es am Ende bei einer Handvoll diszipliniert durch-debattierter Beschlüsse, zu denen beispielsweise eine Querung der Luxemburger Straße zwecks Weiterentwicklung des Inneren Grüngürtels, die Verbesserung der Radfahrsituation auf der enger werdenden Aachener Straße und ein Bürgerbeteil igungsverfahren zur Gestaltung des Salzmagazins Nähe Eigelstein gehörten. Wir nahmen den Schulentwicklungsplan zur Kenntnis, verteilten bezirksorientierte Mittel und befassten uns mit der prekären Situation der hiesigen gastronomischen Szene. Nach zwei Stunden war die Messe gelesen und wir hoffen inständig auf eine baldige Rückkehr zur Normalität – gerne auch ein Stück weit besinnungsvoller, entschleunigter und achtsamer. Das Exempel ist statuiert.

4.6.2020
Manchmal braucht es eine Blaupause, ein Aha-Erlebnis, eine Initialzündung um die Dinge in Bewegung zu bringen. Und manchmal braucht es eine engagierte Bürgerschaft um Politik und Verwaltung in Bewegung zu bringen. Nachdem der „Tag des guten Lebens" im Juni 2017 weite Teile des Stadtteils Deutz zu einem Ort der Begegnung verwandelte, überlegten sich Anwohner*innen, was sich an damaligen Erfahrungen möglicherweise verstetigen lässt. Gemeinsam mit ansässigen Gewerbetreibenden

bildeten sie eine Arbeitsgruppe, um umfangreiche Umnutzungen des öffentlichen Raums herauszuarbeiten und Entwicklungsmöglichkeiten zu skizzieren. Zwei Jahre lang wurden Entwürfe erarbeitet, Gespräche geführt und Diskussionsverans taltungen organisiert. Nun hat die Initiative mit dem Namen Deutzer(Auto)Freiheit ein umfangreiches Papier vorgelegt, wie die Deutzer Hauptstraße sukzessive vom ruhenden und fließenden PKW-Verkehr zu befreien sei. Sie hat dafür einen Bürgerantrag eingebracht, mit dem Ziel, „in einem Verkehrsversuch zu testen, wie sich eine **autofreie Deutzer Freiheit** auf die Lebensqualität der Anwohner*innen in Deutz, auf die zukunftsfähige Entwicklung des Veedels und auf die Belebung der Geschäfte und Gastronomie auswirkt".

Dem ist die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer letzten Sitzung gefolgt und hat die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Verkehrsuntersuchung durchzuführen mit dem Ziel den beantragten Verkehrsversuch zu realisieren. Zudem wurde ein zeitnahes Gespräch der BV mit der Bürgerinitiative und Vertreter*innen der Verwaltung beschlossen. Wir freuen uns darauf, an diesem Projekt mitwirken zu dürfen. Bekanntermaßen gibt es gute Gründe, Straßen und innerstädtische Bereiche autofrei umzugestalten. Das reicht von einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität und nachbarschaftlichen Begegnungsmöglichkeiten über bessere Luft und eine verminderte Lärmbelastung hin zu Unfallreduzierungen und einer Belebung des örtlichen Einzelhandels. Neu sind diese Erkenntnisse gewiss nicht. Aber Kommunalpolitik ist angehalten, diese aufzugreifen und entsprechende Veränderungen durchzusetzen.

26.8.2020
Abstand halten ist das Gebot der Stunde. Angesichts enger Straßen und Gassen in der Kölner Innenstadt, die zudem oft zugestellt und zugeparkt werden, stellt sich die Frage: Wie sollen hier die geforderten 1,5 m Sicherheitsabstand zwischen Fußgängern eingehalten werden? Dieser Frage widmeten sich ein gemeinsamer Antrag von Grünen, Deine Freunde und GUT zu der Sitzung der Bezirksvertretung am 04. Juni. Wir fanden die Zielrichtung des Antrags gut, aber nicht ausreichend.

Deshalb formulierten wir einen Ergänzungsantrag, der neben den vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen – in Erwartung einer möglichen zweiten Pandemiewelle – weitere vorbereitende Maßnahmen umfasste. Dazu gehört – analog zu der Vorgehensweise der Bezirksvertretung Ehrenfeld – ein kurzfristig anzusetzendes Fachgespräch, bei dem die Umsetzungsmöglichkeiten der gefassten Beschlüsse erörtert werden sollen. Auch waren wir bei der Recherche um wirksame Vermeidungsstrategien auf das Beispiel Brüssel gestoßen. Dort hatte der Stadtrat kurzfristig die Innenstadt zur autofreien „Begegnungszone" erklärt. Nachdem gegen die Stimmen von CDU und FDP der Ergänzungsantrag der LINKEN beschlossen wurde, wurde der nun auf 10 Punkte erweiterte Antrag mit den Stimmen von Grünen, SPD, LINKEN, Deine Freunde und GUT beschlossen.

Demnach werden die Hotspots **Eigelstein und Severinstraße** besonders an Wochenenden durch eine Reihe von Maßnahmen entschärft, ebenso wie die Begegnungszone am Zülpicher Platz. Der Radverkehr, der auf den Fußwegen verläuft, wird auf die Straße verlegt. Fußwege mit einer Breite von weniger als 2 m werden freigeräumt. Parkplätze werden zu Gunsten außengastronomischer Angebote entfernt, um Platz auf den Fußwegen zu bekommen. In Straßen, die hierfür zu eng sind, werden „Begegnungszonen" eingerichtet. Die Programmzeiten an den sogenannten Bettelampeln werden verkürzt, um unnötige Personenansammlungen zu verhindern.

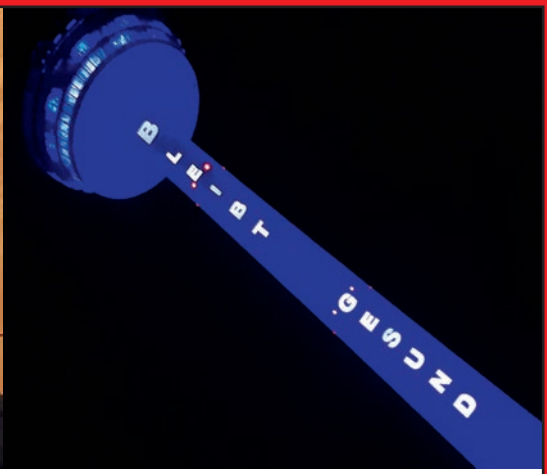
12.11.2020
Ein Hauch von Geschichte umwehte den altehrwürdigen Ratssaal der Stadt Köln, in welchen sich die Bezirksvertreter*innen nebst zahlreichen Gästen zur konstituierenden Sitzung der neuen Bezirksperiode eingefunden haben. Nach alter Väter Sitte, bzw. den Vorgaben von Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit der Hauptsatzung des Rates, obliegt es dem ältesten Mitglied des Gremiums, diese zu eröffnen. Die „unerwartete Ehre" kam Manfred Müller zuteil, der den **Altersvorsitz** souverän zu meistern wusste. Es galt Stimmzähler*innen und Schriftführung zu benennen, den Bezirksbürgermeister und seine Stellvertreter*innen zu wählen und diese in ihr

hoheitliches Amt einzuführen.

Als Altersvorsitzender richtete Manfred einige persönliche Worte an die Mitglieder der Bezirksvertretung Innenstadt und erinnerte an die letzte Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt in der Wahlperiode 2014 – 2020: Die Bezirksvertretung Innenstadt habe das gemeinsame Versprechen gegeben, in den Wahlkämpfen mit dafür zu sorgen, dass auch in der neuen Wahlperiode Rechtsradikale keinen Platz in diesem Gremium finden. Es erfülle ihn mit Genugtuung und Stolz, dass der Bezirksvertretung Innenstadt dies wieder gelungen ist. Die Bezirksvertretung Innenstadt sei die einzige der neun Bezirksvertretungen in Köln, in der die AfD keinen Sitz hat. Dies erscheine umso wichtiger in diesen schwierigen und komplizierten Zeiten der Bekämpfung einer Pandemie, wo gesellschaftlicher Zusammenhalt und nicht Spaltung im Vordergrund der Arbeit stehen und besonderes Augenmerk auf die Schutzbedürftigen dieser Gesellschaft gerichtet sein sollten. In diesem Sinne werde die Bezirksvertretung, wie auch in der letzten Wahlperiode, an der er teilnehmen konnte, an der Sache orientiert, um die Vertretung der Interessen der 130.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt erfolgreich ringen und im besten demokratischen Sinne auch gelegentlich streiten.

Nachdem Manfred die ihm auferlegten Formalia abgearbeitet hatte, tat er kund: „Meine Aufgabe als Alterspräsident ist damit erfüllt. Als Marxist sage ich natürlich nicht „Gott sei Dank", als Kölner schon…" Sichtlich gerührt bedankte sich der neu gewählte Andreas Hupke für die sachliche wie kollegiale Sitzungsleitung. Er kündigte alsdann die Fortsetzung der offenen Mehrheiten an und betonte die Konzentration auf die Stärkung der Bezirke, in denen bekanntlich die Demokratie beginnt.

10.12.2020
„Die Ehrenstraße, als gut besuchte Einkaufsstraße mit hoher städtischer Erlebnisqualität, hat mehr Aufenthaltsqualität verdient." So die kurze knackige Begründung des Antrags der Fraktion DEINE FREUNDE, den die Bezirksvertretung im



Juli 2016 mit großer Mehrheit beschlossen hatte. Die Parkplätze sollten entfernt und der frei gewordene Raum der Aufenthaltsfläche für Fußgänger*innen zugeschlagen und mit Sitzgelegenheiten versehen werden. So weit, so gut. Aber umgesetzt wurde der Beschluss bis heute nicht. Wohl weniger aus Überzeugung, sondern aus Infektionsschutzgründen wurden die Parkplätze schließlich im Sommer 2020 abgepollert, die Stadt hatte die Straße wegen akuter Überfüllung zuvor mehrfach sperren müssen. So kann es gehen. Jetzt ist es Zeit, den nächsten Schritt zu machen: Um Sicherheit und Aufenthaltsqualität deutlich und nachhaltig zu erhöhen, soll nun die **Ehrenstraße** komplett autofrei werden. Auch das letzte befahrbare Stück der Breite Straße östlich des Willy-Millowitsch-Platzes soll fortan nicht mehr durchfahren werden, so dass eine durchgängige verkehrsberuhigte Zone von der Friesenstraße bis in die Altstadt entsteht. Es soll ein durchgängig erfahrbarer autofreier Raum entstehen, wobei Liefer- und Ladezonen in angemessener Form frei zu halten sind. Das ist ja klar. Auch die Durchfahrt für größere Lieferfahrzeuge, Müllabfuhr oder Tourbusse ist zu gewährleisten. Ferner ist ein Modellversuch zu entwickeln, das Anwohner*innenparken in Quartiersgaragen bzw. die zahlreichen Parkhäuser in unmittelbarer Nachbarschaft zu verlagern. Ein Gestaltungswettbewerb soll folgen, dann Bäume, Beete, Bänke! Der Antrag stellt im Übrigen eine Premiere dar, wurde er doch gemeinsam von LINKEN, Klimafreunden, Die PARTEI und den Grünen eingebracht, die hier federführend waren.

Bereits vor zwei Jahren hat sich die Bezirksvertretung mal nach dem Sachstand Ehrenstraße erkundigt und freundlich angefragt, wann mit der Umsetzung des 2016er Antrags zu rechnen sei. Die Anfrage steht derzeit immer noch unbeantwortet im Raum, bzw. Ratsinformationssystem und harrt der Beantwortung. Und sie harrt nicht allein. Tatsächlich gibt es Unmengen an nicht umgesetzten Beschlüssen, wofür es im Einzellfall sicherlich immer gute Gründe gibt. Wir hielten es für angebracht, zum Einstieg in die neue Bezirksperiode mal eine Übersicht über die mehrheitlichen **Beschlüsse der jüngeren Vergangenheit** anzuregen und haben beantragt, den Umsetzungsstand zu erfassen und vorzulegen.

So muss man nämlich nicht das Rad ständig neu erfinden und kann sich orientieren an dem, was schon da ist (oder schon da sein sollte). Ob Stadtentwicklung und Liegenschaften, Stadtplanung und Stadtraummanagement, Landschaftspflege und Grünflächen, Straßen und Verkehrsentwicklung, Verkehrsmanagement und öffentliche Ordnung – kaum eine städtische Dienststelle war in den vergangenen sechs Jahren nicht mittelbar oder unmittelbar mit der Umsetzung der politischen Willensbildung der Bezirksvertretung befasst. Gemäß der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hat die Oberbürgermeisterin der Bezirksvertretung einmal jährlich über den Sachstand ihrer Beschlüsse, soweit diese Beschlüsse auf Anträge der Bezirksvertretung zurückzuführen sind, zu berichten. Das hat auch ein bisschen was mit Anerkennung und Wertschätzung zu tun. Deswegen bedanken wir uns herzlich bei der Geschäftsführung der BV Innenstadt, die prompt einen umfangreichen Jahresbericht vorgelegt hat, der – wie auch diese kleine Broschüre – den Zeitraum 2018 bis 2020 umfasst. Schöner Zufall. Und damit wären wir wieder am Anfang, wo es heißt: Um zu wissen, wo man hin will, muss man wissen, wo man herkommt.

Kontakt + ViSdP:
DIE LINKE.
Fraktion in der Bezirksvertretung 1
Bezirksrathaus Innenstadt
- Michael Scheffer -
Ludwigstr. 8
50667 Köln

Die Broschüre 15/16/17 ist vergriffen, steht aber im Internet als Download zur Verfügung:
http://www.michael-scheffer.de/wp-content/uploads/2020/06/Bilanz-und-Ausblick-2017.pdf